



Aktuelle Informationen aus dem Parlament

89. NR-Sitzung – 25. September 2019, Beginn: 9.00 Uhr

TAGESORDNUNG

TOP 1: Bericht des Budgetausschusses über den Bundesrechnungsabschluss für das Jahr 2018 (III-292/684 d.B.)

ABSTIMMUNG: Dafür: V, F, N, J, dagegen: S

BEURTEILUNG: - Türkisblau hat von den strukturellen Budgetmaßnahmen der SPÖ-geführten Vorgänger-Regierung und der besonders guten Wirtschaftslage profitiert, der gesamtstaatliche Maastrichtsaldo ergab 2018 einen leichten Überschuss (+0,1% bzw. 0,4 Mrd.€);

Das vorliegende Ergebnis des Bundesrechnungsabschlusses ist der Beweis, dass es keine verfassungsgesetzliche Schuldenbremse braucht (s. Top 685 d.B.). Das Budget ist beinahe ausgeglichen und die Verschuldung des Bundessektors reduzierte sich von 67,9% auf 63,7% des BIP, der gesamtstaatliche Schuldenstand ging im Vergleich zu 2017 um 4,4% auf 73,8% des BIP zurück. Die vorhandenen gesetzlichen Mechanismen reichen für eine nachhaltige konsolidierte Budgetgebarung in Österreich. Die Trendwende in der bundesstaatlichen Verschuldung fand 2017 unter sozialdemokratisch geführter BReg statt.

TOP 2: Bericht des Budgetausschusses über den Antrag 928/A der Abgeordneten August Wöginger, MMag. DDr. Hubert Fuchs, Mag. Beate Meini-Reisinger, MES, Kolleginnen und Kollegen betreffend ein Bundesverfassungsgesetz, mit dem das Bundes-Verfassungsgesetz und das Bundesverfassungsgesetz über Ermächtigungen des Österreichischen Gemeindebundes und des Österreichischen Städtebundes geändert werden (685 d.B.)

ABSTIMMUNG: Dafür: V, F, N, dagegen: S, J

BEURTEILUNG: - Die Schuldenbremse ist eine Investitionsbremse, Wachstumsbremse, Zukunftsbremse – ein gefährliches Spiel mit Arbeitsplätzen, Pensionen und der gesamten Volkswirtschaft. Sie steht im Widerspruch zu ökonomisch, ökologisch (Investitionen in Klimaschutz) und sozial sinnvollen Zielsetzungen und Maßnahmen.

- Die Schuldenbremse ist ein Instrument, das man in guten Zeiten nicht braucht und das in schlechten Zeiten sehr viel Schaden anrichten kann. In der Krise wirkt die Schuldenbremse wie

ein Brandbeschleuniger: Zum Schluss steht man mit höherer Arbeitslosigkeit und höheren Schulden da, weil der Staat wegen der Schuldenbremse nicht im notwendigen Ausmaß eingreifen darf. Durch diese mangelnden Eingriffsmöglichkeiten werden Wirtschaftskrisen verlängert und vertieft.

- Mit der Schuldenbremse hat die Politik während einer Wirtschaftskrise keinen Entscheidungsspielraum und der Staat kein Geld. Daher werden Investitionen zurückfahren, Sozialausgaben gekürzt, es gibt keine Mittel für Krisenprogramme wie Kurzarbeit, keine staatlichen Garantien für die Bankguthaben der Sparer usw.

- Die Schuldenbremse in der Verfassung hebt die Demokratie aus; sie schränkt den Handlungsspielraum künftiger politischer Entscheidungen – trotz parlamentarischer Mehrheiten – massiv ein.

- Es gibt in Österreich bereits eine einfachgesetzliche Schuldenbremse; die sozialdemokratisch geführten Bundesregierungen haben im vergangenen Jahrzehnt nicht nur eine Finanzkrise bewältigt (Sicherung der sozialen Sicherungssysteme, Arbeitsplätze, Wirtschaftsstandort), sondern auch das Budget innerhalb desselben Jahrzehnts sozial fair und gerecht konsolidiert und saniert.

- In Deutschland wurde dies erkannt und inzwischen plädiert eine breite Front aus der Wissenschaft für eine Abkehr von der Schuldenbremse.

- Derzeit sind die Zinsen für 10-jährige Staatsanleihen negativ. Österreich muss also weniger zurückzahlen als aufgenommen wurde. Jede UnternehmerIn würde in so einem Umfeld sofort investieren und sich nicht jeder ökonomischen Logik widersprechend selbst beschränken. Eine Schuldenbremse verhindert ökonomisch langfristig für die Gesellschaft und Wirtschaft vernünftige öffentliche Investitionen.

TOP 3: Antrag 870/A der Abgeordneten Ing. Norbert Hofer, Kolleginnen und Kollegen betreffend ein Bundesverfassungsgesetz, mit dem das Staatsgrundgesetz über die allgemeinen Rechte der Staatsbürger geändert wird.

ABSTIMMUNG: Dafür: F, dagegen: V, S, N, J

BEURTEILUNG: Die Verwendung von Bargeld soll keinen Einschränkungen unterworfen sein, das Vertrauen der Bürger in die Bargeldbereitstellung wäre ansonsten erschüttert.

TOP 4: Bericht des BVT-Untersuchungsausschusses gem. § 51 VO-UA über die politische Einflussnahme auf das Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (3/US und Zu 3/US) (695 d.B.)

ABSTIMMUNG: siehe https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVI/I/I_00695/index.shtml

BEURTEILUNG: Das schlagkräftige Team rund um den Fraktionsvorsitzenden Jan Krainer konnte nach der Anhörung von 88 Auskunftspersonen im BVT-Untersuchungsausschuss umfangreiche Schlüsse ziehen und darüber einen 48-seitigen Fraktionsbericht

https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVI/I/I_00695/imfname_767296.pdf

präsentieren. In diesem Bericht sind auch die Erkenntnisse und die notwendigen Handlungsanleitungen beinhaltet. Die zentrale Aussage lautet:

Die Erkenntnisse aus dem BVT-Untersuchungsausschuss haben vor allem eines ganz klar gezeigt. Das BVT und seine Aktivitäten brauchen Kontrolle. Dafür braucht es eine starke und unabhängige Justiz ebenso, wie den Ausbau der parlamentarischen Kontrollrechte.

TOP 5: Bericht des Untersuchungsausschusses zur Untersuchung der politischen Verantwortung im Zusammenhang mit dem Kampfflugzeugsystem "Eurofighter Typhoon" von Anfang 2000 bis Ende 2016 gem. § 51 VO-UA (1/US) (696 d.B.)

ABSTIMMUNG: Dafür: V, S, F, N, J, dagegen: -

-> siehe Bereich REDEN

BEURTEILUNG: Der UsA fand keinen Nachweis für individuelle Bestechung österreichischer Entscheidungsträger. Der Verfahrensrichter übte in seinem Bericht jedoch scharfe Kritik an EADS/Airbus, Wolfgang Schüssel, Karl-Heinz Grasser und Herbert Scheibner.

Im Bereich des Gegengeschäftsvertrags stellt der Verfahrensrichter die Missachtung vergaberechtlicher Grundsätze und die nachhaltige Schwächung der Position Österreichs fest. Darüber hinaus wird im Abschlussbericht die mangelhafte Dokumentation und die inadäquaten Strukturen bei den Vertragsverhandlungen, sowie die Aufspaltung der Verträge und Verhandlungen auf mehrere Ministerien kritisiert.

TOP 6: Antrag 970/A der Abgeordneten Mag. Michaela Steinacker, Mag. Harald Stefan, Kolleginnen und Kollegen (Gewaltschutzgesetz 2019)

ABSTIMMUNG: Dafür: V, F, dagegen: S, N, J

BEURTEILUNG: Die Hauptbotschaft ist wohl, dass so ein wichtiges Thema wie der Gewaltschutz, der im ÖVP/FPÖ Initiativantrag in 25 Gesetzen abgehandelt wird, ohne Behandlung im zuständigen Justizausschuss durch Fristsetzungsantrag sofort im Plenum des Nationalrates beschlossen werden soll.

Es scheint daher in hohem Ausmaß gerechtfertigt, im Plenum einen Antrag auf Rückverweisung in den Ausschuss zu stellen.

TOP 7: Antrag 989/A(E) der Abgeordneten Mag. Michaela Steinacker, Mag. Harald Stefan, Kolleginnen und Kollegen betreffend Reform des Kindesunterhaltsrechts

ABSTIMMUNG: Dafür: V, S, F, J, dagegen: N

BEURTEILUNG: Das Kinderunterhaltsrecht soll nach dieser Entschließung von ÖVP/FPÖ modernisiert und vereinfacht.

TOP 8: Antrag 980/A(E) der Abgeordneten Dr. Stephanie Krisper, Kolleginnen und Kollegen betreffend Schutz nachrichtendienstlicher Informationen

ABSTIMMUNG: Dafür: V, F, N, J, dagegen: S

BEURTEILUNG: Die EntschlieÙung wirft mehr Fragen auf als sie beantwortet und ist unausgegoren. Sollen wirklich gefährliche „Betroffene“ Widerspruch erheben und erhebliche zusätzliche Rechte bekommen? Sollen tatsächlich MitarbeiterInnen des BVT sich z.B. vor einem Untersuchungsausschuss des Nationalrates auf die Verschwiegenheit berufen können?

TOP 9: Antrag 704/A(E) der Abgeordneten Dr. Stephanie Krisper, Kolleginnen und Kollegen betreffend Ausreichende Ressourcen im BVT zum Schutz gegen Rechtsextremismus**ABSTIMMUNG: Dafür: V, F, dagegen: S, N, J**

BEURTEILUNG: Der EntschlieÙungsantrag ist fast wortident mit einem bereits im Nationalen Sicherheitsrat beschlossenen Antrag der eine umgehende Aufstockung der personellen und technischen Ressourcen des Extremismusreferats im Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung vorsieht.

TOP 10: Antrag 705/A(E) der Abgeordneten Dr. Stephanie Krisper, Kolleginnen und Kollegen betreffend Strategie gegen Rechtsextremismus

ABSTIMMUNG: siehe https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVI/A/A_00705/index.shtml

BEURTEILUNG: Auch dieser EntschlieÙungsantrag ist fast wortident mit einem bereits im Nationalen Sicherheitsrat beschlossenen Antrag der die Bundesregierung aufforderte alle ihr zur Verfügung stehenden Befugnisse zur Bekämpfung und Prävention von rechtsextremen Gewaltszenarien auszuschöpfen.

TOP 11: Antrag 471/A(E) der Abgeordneten Mag. Selma Yildirim, Kolleginnen und Kollegen betreffend personelle Aufstockung der Gleichbehandlungsanwaltschaft

ABSTIMMUNG: siehe https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVI/A/A_00471/index.shtml

BEURTEILUNG: Die Gleichbehandlungsanwaltschaft bietet entsprechend der Verordnung vom 1.7.2007 (Regionalisierung) Beratung und Unterstützung zu allen Diskriminierungsgründen auch in den Regionalbüros.

TOP 12: Antrag 935/A(E) der Abgeordneten Johannes Schmuckenschlager, Mag. Dr. Klaus Uwe Feichtinger, Michael Bernhard, Mag. Bruno Rossmann, Kolleginnen und Kollegen betreffend Erklärung des Climate Emergency

ABSTIMMUNG: siehe https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVI/A/A_00935/index.shtml

BEURTEILUNG: Der Antrag soll die Dringlichkeit schneller und wirksamer politischer Maßnahmen im Kampf gegen die Klimakrise verdeutlichen. Die Bilanz der vorigen Bundesregierung und der bisherigen ÖVP UmweltministerInnen ist verheerend.

TOP 13: Antrag 965/A der Abgeordneten Elisabeth Köstinger, MMMag. Dr. Axel Kassegger, Josef Schellhorn, Mag. Bruno Rossmann, Kolleginnen und Kollegen betreffend ein Bundesgesetz über die Unzulässigkeit der Aufstellung und des Einbaus von Heizkesseln von Zentralheizungsanlagen für flüssige fossile oder für feste fossile Brennstoffe in Neubauten (Ölkesselbauverbotsgesetz – ÖKEVG 2019)

ABSTIMMUNG: siehe https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVI/A/A_00965/index.shtml

BEURTEILUNG: Mittels Verfassungsbestimmung wird der Einbau von Ölkesseln für Zentralheizungen im Neubau untersagt. Damit wird eine Ankündigung, die der ehemalige ÖVP-Umweltminister Andrä Rupprechter bereits im Jahr 2016 gemacht hat, umgesetzt.

Aus ökologischer Sicht ist diese Maßnahme sinnvoll (und in den Landes-Bauordnungen von Wien und NÖ bereits umgesetzt).

TOP 14: Antrag 966/A der Abgeordneten Elisabeth Köstinger, MMMag. Dr. Axel Kassegger, Josef Schellhorn, Kolleginnen und Kollegen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Ökostromgesetz 2012 (ÖSG 2012) geändert wird

ABSTIMMUNG: siehe https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVI/A/A_00966/index.shtml

BEURTEILUNG: Ziel des Antrags ist es, zusätzliche Mittel für den Ausbau von Ökostrom bereit zu stellen. Konkret sollen 40 Mio. € für Windkraftanlagen, 5 Mio. € für Kleinwasserkraftanlagen und 30 Mio. € für Biomasse- und Biogasanlagen in Form von Tarifförderung bereitgestellt werden. Für die Errichtung und Erweiterung von Photovoltaikanlagen sind für 2020 einmalig 15 Mio. € vorgesehen.

TOP 15: Bundesgesetz, mit dem das Wehrgesetz 2001, das Heeresdisziplinargesetz 2014, das Heeresgebührengesetz 2001, das Auslandseinsatzgesetz 2001, das Militärbefugnisgesetz, das Sperrgebietsgesetz 2002, das Munitionslagergesetz 2003, das Militärauszeichnungsgesetz 2002, das Verwundetenmedaillengesetz und das Truppenaufenthaltsgesetz geändert werden (Wehrrechtsänderungsgesetz 2019 – WRÄG 2019) (509 d.B)

ABSTIMMUNG: siehe https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVI/I/I_00509/index.shtml

BEURTEILUNG: Der vorliegende Gesetzesentwurf wurde zwar der Begutachtung unterzogen aber nicht im Ausschuss behandelt.

Mit einem Abänderungsantrag in zweiter Lesung, den FPÖ und ÖVP einbringen, sollen u.a. die Bedenken des Datenschutzrates ausgeräumt werden.

Dies lässt sich in der Kürze der Zeit nicht nachvollziehen und Bedarf weiterer Beratungen, da durch die Erweiterung der Befugnisse für die militärischen Nachrichtendienste auch Grundrechte betroffen sind.

TOP 16: Antrag 936/A der Abgeordneten Philip Kucher, Gabriela Schwarz, Mag. Gerhard Kaniak, Kolleginnen und Kollegen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz

über die Pharmazeutische Gehaltskasse für Österreich (Gehaltskassengesetz 2002) geändert wird

ABSTIMMUNG: siehe https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVI/A/A_00936/index.shtml

BEURTEILUNG: Der Antrag beinhaltet zwei Maßnahmen: 1) Um für die Einstellung von geeignetem Personal die notwendige zeitliche Flexibilität zu gewährleisten, ist eine Delegation der Befugnis zum Abschluss von Sonderverträgen vom Vorstand der Gehaltskasse an die Obleute vorzusehen.

2) Das im Reservefonds vorhandene Vermögen stellt wirtschaftlich gesehen brachliegendes Kapital dar, der gesetzliche Zweck des Reservefonds kann auch mit einer geringeren Höhe des Fonds erfüllt werden.

TOP 17: Antrag 945/A(E) der Abgeordneten Josef A. Riemer, Kolleginnen und Kollegen betreffend mehr Tierschutz im Bereich Lebendtiertransporte

ABSTIMMUNG: siehe https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVI/A/A_00945/index.shtml

BEURTEILUNG: Die Initiative zur Reduktion von Tiertransporten wird positiv gesehen. Der Antrag ähnelt dem (viel früher eingebrachten) SPÖ-Antrag zur Erarbeitung eines Tiertransporte-Reduktionsplanes.

TOP 18: Antrag 946/A(E) der Abgeordneten Josef A. Riemer, Kolleginnen und Kollegen betreffend Verbot der Tötung von männlichen Eintagsküken

ABSTIMMUNG: siehe https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVI/A/A_00946/index.shtml

BEURTEILUNG: Verbot der Tötung von männlichen Eintagsküken: Die Bundesministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz wird aufgefordert, unter Berücksichtigung der berechtigten Interessen der österreichischen Landwirte dem Nationalrat unverzüglich rechtlich verbindliche Alternativen zur Tötung von männlichen Eintagsküken vorzulegen.

TOP 19: Antrag 964 A(E) der Abgeordneten Maria Großbauer, Sandra Wassermann, Kolleginnen und Kollegen betreffend Status der Welterbestätte "Historisches Zentrum von Wien" auf der Welterbe-Liste

ABSTIMMUNG: siehe https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVI/A/A_00964/index.shtml

BEURTEILUNG: Der Antrag fordert einen Stopp des Bauvorhabens auf dem Heumarkt-Areal und die Sicherung des Status „Historisches Stadtzentrum Wien“ als Welt-Kulturerbestätte.

TOP 20: Antrag 926/A(E) der Abgeordneten Ing. Markus Vogl, Kolleginnen und Kollegen betreffend finanzielle Absicherung für den VKI durch Erhöhung der Basisförderung

ABSTIMMUNG: siehe https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVI/A/A_00926/index.shtml

BEURTEILUNG: Die prekäre finanzielle Situation des Vereins für Konsumenteninformation (VKI) steht im Mittelpunkt des eingebrachten Entschließungsantrags. Im Zuge der Novelle zum Kartellgesetz wurde beschlossen, dass der VKI eine Erhöhung seines Budgets um 1,5 Mio. € aus dem Topf der Bußgelder erhalten soll.

TOP 21: Antrag 577/A der Abgeordneten Josef Muchitsch, Kolleginnen und Kollegen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Arbeitsvertragsrechts-Anpassungsgesetz und das Landarbeitsgesetz 1984 geändert werden

ABSTIMMUNG: siehe https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVI/A/A_00577/index.shtml

BEURTEILUNG: Schaffung eines Rechtsanspruches auf Pfl egeteilzeit und Pflegekarenz für alle ArbeitnehmerInnen in Betrieben mit mehr als 5 Beschäftigten.

TOP 22: Antrag 948/A(E) der Abgeordneten Dipl.-Ing. Karin Doppelbauer, Kolleginnen und Kollegen betreffend Bekenntnis zur Reduktion des Einsatzes chemischer Pflanzenschutzmittel zum Schutz der Biodiversität und des Wassers bei allen öffentlichen Institutionen, den Anstalten öffentlichen Rechts sowie Unternehmen und Gesellschaften mit Mehrheitsbeteiligung des Bundes

ABSTIMMUNG: siehe https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVI/A/A_00948/index.shtml

BEURTEILUNG: Das Bekenntnis zur Reduktion des Einsatzes chemischer Pflanzenschutzmittel wird begrüßt.

-> siehe Bereich **REDEN**

Antrag im Wortlaut:

https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVI/A/A_00948/imfname_759157.pdf

Dafür: V, S, F, N, J, dagegen: -

TOP 23: Antrag 949/A(E) der Abgeordneten Dipl.-Ing. Karin Doppelbauer, Kolleginnen und Kollegen betreffend Förderung der Forschung und Innovation zur Reduktion des Einsatzes chemischer Pflanzenschutzmittel zum Schutz der Biodiversität und des Wassers

ABSTIMMUNG: siehe https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVI/A/A_00949/index.shtml

BEURTEILUNG: Diese Aufforderung wird begrüßt. Die SPÖ setzt sich für eine Reduktion chemisch-synthetischer Pestizide ein.

TOP 24: Bericht des Rechnungshofes über den Bericht des Rechnungshofes betreffend Korruptionspräventionssysteme in ausgewählten Bundesministerien (BKA, BMB, BMI, BMLFUW) – Reihe Bund 2017/8 (III-15/679 d.B.)

ABSTIMMUNG: Dafür: V, S, F, N, J, dagegen: -

BEURTEILUNG: Die Prüfung der vier Ministerien fällt noch zur Gänze in unsere Regierungszeit und betrifft daher auch die beiden Ministerien Bildung und Bundeskanzleramt. Bei den beiden VP-Ministerien kann man zusätzlich kritisieren, dass das Landwirtschaftsministerium tiefergehenden Maßnahmen bei der Korruptionsbekämpfung hat und das BMI, trotz eigenem Bundesamt für Korruptionsbekämpfung als Dienststelle, wenig mit anderen Ministerien kooperiert hat.

TOP 25: Bericht des Rechnungshofes über den Bericht des Rechnungshofes betreffend Stadt Wien Marketing GmbH – Meldeverpflichtung gemäß Parteiengesetz 2012 – Reihe BUND 2017/30 (III-30/680 d.B.)

ABSTIMMUNG: Dafür: V, S, F, N, J, dagegen: -

BEURTEILUNG: Der RH prüfte mehrere Organisationen betreffend Meldeverpflichtung laut Parteiengesetz, etwa das Bildungsministerium, die Stadt Salzburg und auch die Stadt Wien Marketing GmbH. Laut der von der Stadt Wien Marketing GmbH dem RH übermittelten Aufstellung wurden ausschließlich VP-nahe Firmen, wie etwa Druckereien, beauftragt. Dem RH fehlten aber Aufträge im Wert von 200.000 Euro des SP-nahen Echo-Medienhauses.

TOP 26: Bericht des Rechnungshofes über den Bericht des Rechnungshofes betreffend Bundestheater-Holding GmbH; Follow-up-Überprüfung – Reihe BUND 2017/42 (III-42/681 d.B.)

ABSTIMMUNG: siehe https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVI/I/I_00681/index.shtml

BEURTEILUNG: Innerhalb kurzer Zeit haben sowohl BKA als auch Bundestheater-Holding die Empfehlungen des RH umgesetzt. Die noch offene Empfehlung, Implementierung eines Shared Service Centers für Buchhaltung und Personalverrechnung ist laut Holding-Chef Christian Kircher in der Zielgeraden.

TOP 27: Bericht des Rechnungshofes über den Bericht des Rechnungshofes betreffend Versicherungs- und Pensionskassenaufsicht der FMA – Reihe BUND 2017/46 (III-46/682 d.B.)

ABSTIMMUNG: Dafür: V, S, F, N, J, dagegen: -

BEURTEILUNG: Hauptkritikpunkt des RH ist, dass die FMA ihre selbst gesetzten Prüfintervalle bei den Versicherungsunternehmen mangels Kapazitäten nicht immer durchgehend erfüllen kann. Ferner konstatierte der RH das „Risiko einer Selbstprüfung“ der FMA-Prüfer, wenn vor und im Zuge der Genehmigung sogenannter interner Modelle dasselbe Prüfpersonal eingesetzt wird.

REDEN

TOP 5 Untersuchungsausschuss "Eurofighter Typhoon" (1/US)

Abgeordneter Erwin Preiner (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Minister! Kolleginnen und Kollegen! Werte Zuhörer hier auf der Galerie und zu Hause! Ich begrüße sehr herzlich auch die Zuhörer aus dem Burgenland und meinen Abgeordneten aus dem burgenländischen Landtag. – Herzlich willkommen! *(Beifall und Bravoruf bei der SPÖ sowie Beifall bei den NEOS.)*



Kolleginnen und Kollegen, ich denke, auch der dritte Untersuchungsausschuss zum Thema Eurofighter hat seine Berechtigung gehabt, und er hat sie noch immer; der entsprechende Abschlussbericht wurde über Fraktionsgrenzen hinweg einstimmig zur Kenntnis genommen. *(Zwischenrufe der Abgeordneten Hammer und Leichtfried.)*

Wesentliche Erkenntnisse aus diesem dritten Eurofighter-Untersuchungsausschuss sind meiner Meinung nach, dass es ein Kardinalfehler war, die Eurofighter bereits 2002 und 2003 anzukaufen. Der Beschaffungsvorgang war intransparent. Des Weiteren wurde der teuerste Flieger genommen. Verantwortlich dafür, wie wir wissen: Schüssel und Grasser.

Auf die Betriebskosten wurde – wahrscheinlich zufällig - im Zuge des Anschaffungsprozesses zur Gänze vergessen. Ich zitiere aus dem Bericht: „Es erweist sich als Fehler, dass die Betriebskosten bei der Bewertung der Angebote kein Entscheidungskriterium waren.“ Das fällt jetzt unserem österreichischen Bundesheer auf den Kopf, da es, wie wir wissen, an allen Ecken und Enden an Geld fehlt.

Darabos hat 2007 – damals in Ministerverantwortung – im Zusammenhang mit dem Vergleich, der abgeschlossen wurde, aus meiner Sicht richtig entschieden. Die Einsparung betrug laut Staatsanwaltschaft 250 Millionen Euro. Es gab und gibt einen rasanten technischen Fortschritt, der den Vergleich notwendig gemacht hat. Wer, Kolleginnen und Kollegen, arbeitet heute oder selbst im Jahr 2007 noch mit einem PC, mit einer Software aus dem Jahr 2002? Diese Spielzeug-PCs gibt es ja nicht einmal mehr in Kindergärten!

Zum Zweiten: Der ehemalige Verteidigungsminister Doskozil hat mit seiner Anzeige gegen Eurofighter und Airbus 2017 auch richtig entschieden. Zumindest 183 Millionen Euro an Steuergeldern wurden laut Anzeige auf den Kaufpreis der Eurofighter ohne vertraglichen Gegenwert und rechtliche Deckung aufgeschlagen. Deutsche Gerichte haben inzwischen zweifelsfrei festgestellt, dass 90 Millionen Euro davon in schwarze Kassen flossen und an Lobbyisten und Broker verteilt wurden.

Daraus ziehe ich den Schluss, dass Schmiergeldzahlungen auch in Österreich von nationalen Gerichten möglichst rasch aufgeklärt werden müssen. Herr Minister, Gegengeschäfte müssen bei Beschaffungen verboten werden, sie haben auf dieser Ebene nichts mehr verloren! Jedenfalls ist mehr Transparenz notwendig und erforderlich. Das Bundesbeschaffungsgesetz muss auch bei Beschaffungen im Rüstungsbereich endlich zur Anwendung kommen.

Das Bundesheer leidet, wie wir wissen, an chronischem Geldmangel. Ich denke, die Budgetmittel, die fehlen, müssen dem Bundesheer bereits im kommenden Jahr 2020 zugeführt werden.

Auch die Miliz ist ein wichtiger Bestandteil des Heeres. Die Österreicherinnen und Österreicher erwarten sich Schutz und Hilfe und vor allem auch, dass das Bundesheer für die österreichische Bevölkerung Katastropheneinsätze leistet.

Daher fordern wir eine möglichst rasche und schonungslose Aufklärung. – Danke schön. *(Beifall bei der SPÖ.)*

TOP 22-23 Reduktion des Einsatzes chemischer Pflanzenschutzmittel zum Schutz der Biodiversität u. des Wassers

Abgeordneter Erwin Preiner (SPÖ): *(eine Tafel auf das Rednerpult stellend, auf der „Klimaschutz = Umweltschutz. Heute für Morgen. Für uns alle! Winden am See. Erwin Preiner & Team“ steht – Abg. Haubner: Schwer zu lesen!):* Sehr geehrte Frau Präsidentin! Frau Ministerin! Kolleginnen und Kollegen! Wir unterstützen sehr gerne die vorliegenden Anträge zur Reduktion des Einsatzes chemischer Pflanzenschutzmittel.



Zugleich bringe ich einen eigenen Entschließungsantrag ein:

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Erwin Preiner, Kolleginnen und Kollegen

betreffend „deutliche Reduktion von chemisch-synthetischen Pestiziden durch die nächste Periode der Gemeinsamen Agrarpolitik 2020+“

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung wird aufgefordert, sich im Rahmen der Verhandlungen zur Ausgestaltung der nächsten GAP-Periode für 2020+ dafür einzusetzen, dass die Förderungen so gestaltet werden, dass die nächste Periode der GAP zu einer deutlichen Reduktion der chemisch-synthetischen Pestizideverwendung europaweit führt.“

Kolleginnen und Kollegen, das Artensterben schreitet hurtig voran. Wir wissen, in den vergangenen zehn Jahren sind eine Million Arten von acht Millionen bereits unwiederbringlich ausgestorben. In vielen Staaten der EU wird der Pestizideinsatz reduziert. Der Grüne Bericht zeigt, dass gerade in Österreich das Gegenteil der Fall ist. Wir brauchen daher dringend die Umsetzung des Pestizidreduktionsprogramms, entsprechend auch die Umsetzung eines Insekten- und Bienenschutzprogramms. Des Weiteren auch mehr Regionalität, mehr Direktvermarktung, auch eine Biowende im wahrsten Sinne des Wortes. Das Burgenland geht da bereits mit gutem Beispiel voran. Und Sie sehen es: Klimaschutz ist Umweltschutz. Ich fordere daher in Zukunft zusätzlich ein eigenes und eigenständiges Umweltministerium. *(Bravorufe und Beifall bei der SPÖ. – Abg. Leichtfried: Ein sehr guter Antrag!)*

Kolleginnen und Kollegen! Ich kandidiere für die kommende Nationalratswahl am Sonntag nicht mehr und scheidet daher nach 14-jähriger Tätigkeit als Mandatar aus dem Parlament aus. In dieser Zeit hielt ich im Bundesrat über 20 Reden. Des Weiteren war ich 2009 Präsident des Bundesrates. 2009 war, wie wir wissen, das Be- und Gedenkjahr anlässlich 20 Jahre Fall des Eisernen Vorhanges in Europa.

Im Rahmen dieser Gedenkveranstaltungen durfte ich einige Male den damaligen Bundespräsidenten Heinz Fischer, aber auch die damalige Nationalratspräsidentin Barbara Prammer vertreten.

Auch auf internationaler Bühne nahm ich im Namen der Republik etliche eigene Termine wahr. Sehr positiv in Erinnerung sind mir meine Zusammentreffen mit Lech Wałęsa geblieben, natürlich auch mein Gespräch mit dem damaligen UNO-Generalsekretär Ban Ki-moon sowie auch ein Staatsbesuch – in Vertretung des damaligen Bundespräsidenten Heinz Fischer – in Italien beim damaligen Staatspräsidenten Napolitano.

Werte Kolleginnen und Kollegen! 2010 zog ich in den Nationalrat ein, hielt bis dato 134 Reden, in Summe 160. Der größte Erfolg in meiner Tätigkeit als Sprecher für Landwirtschaft und ländlichen Raum meiner Fraktion war zweifelsohne das Glyphosatverbot mit Wirksamkeit Jänner 2020. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Besonders in Erinnerung geblieben sind mir auch die Regierungsverhandlungen mit der ÖVP, mit den Kollegen Auer, Schultes und Obernosterer, über dreieinhalb Wochen hinweg. Es waren harte, aber auch fair geführte Verhandlungen – natürlich mit entsprechender Bauernschläue seitens der ÖVP.

14 Jahre sind eine lange Zeit, andererseits auch wieder nicht. Ich bin halbwegs gesund über diese 14 Jahre gekommen. Ich hätte diese Periode natürlich noch gerne zu Ende geführt, wir wissen aber, aus welchen Gründen es zu vorgezogenen Neuwahlen kommt.

Nicht ganz ernst genommen wird meiner Meinung nach von manchen Fraktionen – teilweise auch von meiner eigenen – die Problematik Landwirtschaft und ländlicher Raum, da ist das Engagement jedenfalls noch ausbaufähig. Ich bleibe auch zukünftig politisch als Bürgermeister in meiner Heimatgemeinde tätig.

Ich möchte mich bei Ihnen auch für all das, was nicht so hundertprozentig rund gelaufen ist, entschuldigen, vor allem auch bei meiner Familie: Ich danke für die Geduld und das Verständnis, das mir von meinen Kindern und auch meiner ehemaligen Gattin trotz meiner oftmaligen Abwesenheit von zu Hause entgegengebracht wurden.

Ich danke auch für die besondere Ehre, das Große Goldene Ehrenzeichen mit Stern der Republik Österreich verliehen bekommen zu haben.

Ich danke weiters all meinen Wählerinnen und Wählern, vor allem auch dafür, dass sie es mir ermöglicht haben, 2013 und 2017 bei den Nationalratswahlen auch ein Vorzugsstimmenmandat zu erreichen.

Auch bei den Mitarbeitern in meinem Parlamentsklub und der Parlamentsdirektion möchte ich mich bedanken. Mein besonderer Dank gilt natürlich der Fachfrau für Landwirtschaft und ländlichen Raum im SPÖ-Parlamentsklub, Gudrun Gruber: ein herzliches persönliches Dankeschön für dein Engagement! *(Beifall bei der SPÖ sowie bei Abgeordneten von ÖVP und FPÖ.)*

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Ich wünsche Ihnen allen und allen Kandidaten für den kommenden Wahlsonntag alles Gute. Stellen Sie auch in Zukunft über Parteigrenzen hinweg das Gemeinsame über das Trennende!

Es lebe mein Heimatbundesland Burgenland! Es lebe die Republik Österreich! Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. – Alles Gute! (*Allgemeiner Beifall.*)

Der Antrag hat folgenden Gesamtwortlaut:

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Erwin Preiner,

Kolleginnen und Kollegen

betreffend deutliche Reduktion von chemisch-synthetischen Pestiziden durch die nächste Periode der Gemeinsamen Agrarpolitik 2020+

eingebraucht im Zuge der Debatte zum Antrag der Abgeordneten Dipl.-Ing. Karin Doppelbauer, Kolleginnen und Kollegen betreffend Förderung der Forschung und Innovation zur Reduktion des Einsatzes chemischer Pflanzenschutzmittel zum Schutz der Biodiversität und des Wassers (949/A(E)), TOP 23

Die nächste Periode der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) der EU 2020+ wird zeigen, ob es in Europa gelungen ist, einen gemeinsamen Schulterchluss für mehr Verteilungsgerechtigkeit der Fördermittel, mehr Transparenz, Umweltschutz, Klimaschutz, Tierwohl, eine deutliche Pestizide-Reduktion in der landwirtschaftlichen Praxis mit Verzicht auf unter anderem Glyphosat und einem Stopp des Artensterbens und des Insektensterbens, und einen Aufschwung für die ländlichen Regionen zu erreichen.

Die Bundesregierung - und die Ministerin für Nachhaltigkeit und Tourismus insbesondere - haben hier eine hohe Verantwortung, ihre Aktivitäten bei den Verhandlungen zu den gesetzlichen Grundlagen der GAP 2020+ nicht von Lobbyismus einzelner starker Gruppen einengen zu lassen, sondern mit Weitblick zu agieren.

Das Bewusstsein, dass es sich bei einer GAP-Periode um die Verteilung hoher öffentlicher Steuergelder handelt, ist im Sinne einer gerechten Mittelverteilung und gesamtgesellschaftlichen Verantwortung vehement einzufordern!

Ob unseren nachfolgenden Generationen giftfreie Lebensmittel zur Verfügung stehen, eine ausreichende Versorgung mit Nahrungsmitteln gegeben ist und ob sie eine Umwelt mit hoher Lebensqualität vorfinden, hängt stark von der nächsten GAP 2020+ ab.

Die gefertigten Abgeordneten stellen daher den

Antrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung wird aufgefordert, sich im Rahmen der Verhandlungen zur Ausgestaltung der nächsten GAP-Periode für 2020+ dafür einzusetzen, dass die Förderungen so gestaltet werden, dass die nächste Periode der GAP zu einer deutlichen Reduktion der chemisch-synthetischen Pestizideverwendung europaweit führt.“

PRESSE OTS

[Nationalrat – Ecker/Preiner: Eurofighter-Ausschuss hat Aufklärung gebracht](#)

Personelle Aufstockung der Justiz gefordert, Ablehnung von Gegengeschäften
25.09.2019

[Preiner: Reduktion von chemisch-synthetischen Pestiziden durchgesetzt](#)

Klimaschutz bedeutet Artenschutz
26.09.2019

PRESSEAUSENDUNGEN

26.9.2019

SP-NR Preiner: Reduktion von chemisch-synthetischen Pestiziden durchgesetzt - Klimaschutz bedeutet Artenschutz

„Ich bin sehr froh darüber, dass wir in der gestrigen Nationalratssitzung die Förderung von Alternativen zum chemischen Pflanzenschutz, insbesondere die Reduktion von chemisch-synthetischen Pestiziden durch die Gemeinsame Agrarpolitik mit großer Mehrheit im Nationalrat auf den Weg bringen konnten. Leider war die ÖVP nicht dazu bereit, diesen wichtigen Antrag mitzutragen“, zieht SPÖ-Landwirtschaftssprecher Erwin Preiner Resümee.

Durch diesen wichtigen Antrag ist die Landwirtschaftsministerin dazu aufgefordert, sich in der nächsten GAP-Periode für 2020+ dafür einzusetzen, dass eine deutliche Reduktion der chemisch-synthetischen Pestizidverwendung europaweit erreicht wird.

In der Nationalratsdebatte führte Preiner aus: „Das Artensterben schreitet rasant voran. Wir wissen, dass in den vergangenen zehn Jahren 1 Million von insgesamt 8 Millionen Arten ausgestorben sind. In vielen Staaten der EU wird der Pestizideinsatz reduziert, gerade in Österreich ist aber das Gegenteil der Fall. Deswegen brauchen wir dringend die Umsetzung des Pestizidreduktionsprogrammes, auch entsprechend die Umsetzung des Insekten- und Bienenschutzprogrammes, mehr Regionalität, mehr Direktvermarktung und eine Bio-Wende nach dem Vorbild des Burgenlandes.“

Für die nächste Bundesregierung fordert Preiner nach wie vor ein eigenes, eigenständiges Umweltministerium. Gerade in Zeiten von Klimakrise brauche es dieses so dringend wie noch nie. Abschließend verabschiedete sich Preiner in seiner letzten Rede aus dem Nationalrat - mit einem Rückblick auf seine lange Laufbahn als Bundesrat, als Präsident des Bundesrates und Abgeordneter zum Nationalrat.

27.9.2019**SP-NR Preiner: Eurofighter-Untersuchungsausschuss hat Aufklärung gebracht**

„Der Kardinalfehler war es, 2002/2003 die Eurofighter überhaupt anzukaufen, der Beschaffungsvorgang war intransparent und unverantwortlich. Hauptschuld tragen hierbei Schlüssel und Grasser. Interessant ist auch, dass beim Beschaffungsprozedere auf die Betriebskosten komplett vergessen wurde. Das fällt jetzt unserem Bundesheer auf den Kopf,“ so SP-Mandatar Erwin Preiner, Mitglied des Eurofighter-Untersuchungsausschusses, anlässlich der Debatte im Nationalrat zum Abschlussbericht des Untersuchungsausschusses.

„Aus meiner Sicht hat der ehemalige Minister Darabos in seinem Vergleich richtig entschieden und eine Einsparung von 250 Mio. Euro bewirkt“, unterstrich Preiner. Auch der rasante technische Fortschritt hat diesen Vergleich notwendig gemacht. Der ehemalige Verteidigungsminister Doskozil hat mit seiner Anzeige gegen Eurofighter und Airbus richtig entschieden. Denn laut Anzeige wurden auf den Kaufpreis 183 Mio. Euro Steuergelder ohne Gegenleistung und ohne vertraglichen Gegenwert aufgeschlagen. Deswegen ist für uns klar, dass wir weiterhin Gegengeschäfte bei Beschaffungen ablehnen.“ Preiner fordert die notwendige Aufklärung von Schmiergeldzahlungen, die beim Beschaffungsprozess stattgefunden haben sollen.

Um in Zukunft Transparenz sicherstellen zu können, soll das Beschaffungsgesetz auch bei Beschaffungen im Rüstungsbereich zur Anwendung kommen.

FACEBOOK: <https://www.facebook.com/preinererwin/>
<https://www.facebook.com/erwin.preiner>